

Rede zum 8. Mai 2016 am Stöckener Mahnmahl

8. Mai 1945: Kriegsende, Friedensbeginn. Aber was heißt Frieden? Das Sterben ging noch weiter: in den befreiten KZs, in den Trümmern der Städte, an Hunger und durch Mord aufgrund fehlender öffentlicher Ordnung. Je genauer man die Situation und auch die verwendeten Begriffe unter die Lupe nimmt, um so mehr verschwimmen die Gewissheiten und der Glaube an die Stunde Null.

Die Bewohnerinnen und Bewohner Hannovers mussten schon mit den ersten Friedenstagen zur Kenntnis nehmen, was viele lange Jahre nicht wahr haben wollten, verdrängt und aktiv übersehen hatten. Sie hatten in einem Land gelebt, in dem Millionen Menschen zur Arbeit gezwungen worden waren unter überwiegend furchtbaren Bedingungen. Sie mussten zur Kenntnis nehmen, dass in Deutschland letztlich unter den Augen aller 6 Millionen Menschen jüdischen Glaubens systematisch ausgegrenzt, verfolgt, deportiert und geplant industriell umgebracht worden sind und dass es ein Lagersystem über das gesamte deutsche Reich gegeben hatte, in dem politisch und ethnisch oder religiös verfolgte Menschen, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter festgehalten, zur Arbeit gezwungen und systematisch zu Tode gebracht wurden.

Auch in Hannover gab es KZ Außenlager in Limmer, in Ahlem und in Stöcken. Von einem Häftling des KZs in Stöcken, dem französischen Zeichner René Baumer, haben wir noch einige Zeichnungen. Baumer war Mitglied der französischen Résistance und wurde im April 1944 in Frankreich verhaftet. Im Juni 1944 kam er nach Stöcken und musste in der Bleigießerei der Akkumulatorenfabrik arbeiten. Wir wissen, dass es keine Arbeitsschutzmaßnahmen für Häftlinge gab und können nur erahnen, welche Erkrankungen die Häftlinge von der Arbeit mit Schwermetallen wie Blei auch später ertragen mussten, sofern sie die schwere Arbeit und die Misshandlungen überhaupt überlebt haben.

Im benachbarten Ahlem hatten die Nationalsozialisten aus der israelitischen Gartenbauschule, die noch in den 20er Jahren überaus erfolgreich mittellose jungen Menschen jüdischen Glaubens im Gartenbau unterrichtet hatte, erst eine Sammelstelle für jüdische Mitbürger aus Hannover gemacht. Später, nachdem fast alle jüdischen Bewohner in die Vernichtungslager deportiert worden waren, wurde sie ein Gestapogefängnis.

Ich zeichne zum Gedenken anhand einiger Geschichten die letzten Tage vor Kriegsende nach. Bei genauem Hinsehen wird klar, dass Kriegsende je nach Ort sehr verschiedene Daten hatte. Und noch

nach dem Kriegsende in Hannover Häftlinge aus dem KZ Stöcken auf entsetzliche Weise ums Leben kamen.

In Ahlem, der ehemaligen Gartenbauschule, waren auch die beiden aus Charkov stammenden Cousinen Nadja Podmogilnaja und Irina Wolkowa untergebracht.

Irina wurde verhaftet, als sie Nahrungsmittel für ihre Cousine bei sich trug. Sie wurde von der Gestapo zum Tode wegen Plünderung verurteilt und am **20. März** in Ahlem ermordet. Ihre Cousine Nadja wurde gezwungen, die Hinrichtung mitanzusehen.

Am **6. April** überschritten die Alliierten die Weser bei Minden. Am Morgen wurde in Hannover damit begonnen, die KZ Außenlager zu räumen, um die Häftlinge nach Neuengamme zu bringen. Kein einziger Häftling sollte lebend zu den Alliierten kommen mit der Folge, dass 100 entkräftete Menschen, die nicht mehr marschieren konnten auf dem Wege erschossen und am Wegesrand verscharrt wurden.

Die Marschkolonnen mit den Häftlingen gingen über Langenhagen, Burgwedel und Fuhrberg nach Norden. In der Nähe von Bergen-Belsen wurde das Ziel geändert und die Häftlinge nach Bergen-Belsen gebracht. Wieviele Menschen dort in dem völlig überfüllten Lager, in dem es schon lange keine

Nahrungsmittelrationen mehr gab und tausende an Hunger und Krankheiten starben, noch in den letzten Kriegstagen gestorben sind, weiß niemand.

Nadja, die Cousine von Irina, wurde als einzige Frau am **6. April** 1945 mit 153 weiteren Häftlingen zum Seelhorster Friedhof gezwungen, wo sie ihr eigenes Grab ausheben mussten und von der Gestapo erschossen wurden. Einigen Häftlingen gelang noch auf dem Weg zum Friedhof die Flucht. Ein einziger Mann, Pjotr Palnikow, überlebte die Erschießungen auf dem Friedhof und informierte später die Amerikaner.

Am **10. April 1945** rollten Panzer und andere Fahrzeuge der britischen und amerikanischen Streitkräfte über die Einfallstraßen nach Hannover. Nach sechs langen Jahren und verheerenden Bombenangriffen, die tausende Menschen in Hannover das Leben gekostet hatten, war der Krieg in Hannover vorbei.

Eine Marschkolonne aus Stöcken strandete zusammen mit Häftlingen aus der Hölle des KZ Mittelbau-Dora, in dem in unterirdischen Stollen die Raketenfertigung bis zum Schluss stattfand, am **13. April** im Dorf Isenschnibbe bei Gardelegen in der Altmark. Gardelegen war schon fast eingekesselt von den Amerikanern. Die Häftlinge wurden in eine Feldscheune gesperrt.

Daran beteiligt waren SS, Luftwaffenangehörige, Volkssturm und Reichsarbeitsdienst. Sie steckten die Scheune in Brand und erschossen jeden, der zu fliehen versuchte. Mehr als 1000 Menschen kamen ums Leben.

Einen Tag später entdeckten die Amerikaner die Leichen in der Feldscheune und in einem nur notdürftig angelegten Massengrab und zwangen Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Gardelegen, die Toten in einzelnen Ehrengräbern zu bestatten.

Am **15. April** befreiten die Briten das Lager Bergen-Belsen. Die Bilder der nicht mehr bestatteten Leichenberge, der völlig entkräfteten sterbenden Menschen gaben Zeugnis eines vollkommen entfesselten Systems von Gewaltherrschaft und Menschenverachtung.

Am **2. Mai** zwangen die amerikanischen Besatzer hannoversche Bürgerinnen und Bürger die Ermordeten des Seelhorster Friedhofes zu exhumieren. Sie wurden am Nordufer des Maschsees in einem Ehrengrab beigesetzt.

Im Polizeipräsidium von Hannover kamen am **6. Mai** 130 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zusammen und gründeten den SPD-Ortsverein Hannover. Kurt Schumacher hielt nach 12 Jahren Diktatur seine erste Rede. Er war bereits 1933

kurz nach dem Verbot der SPD verhaftet worden und überlebte mehrere Konzentrationslager. Mit seiner Rede setzte er sich an die Spitze der hannoverschen SPD und wurde ein Jahr später zum Parteivorsitzenden gewählt. Er machte in seiner Rede in Hannover „Wir verzweifeln nicht“ einen Gestaltungsanspruch der SPD für das Nachkriegsdeutschland deutlich.

Am Nachmittag des **8. Mai** wurde in Lüneburg die bedingungslose Kapitulation Deutschlands bekannt gegeben.

Die Stadt Hannover war zu großen Teilen zerstört. Unbeschädigten Wohnraum gab es kaum. Lebensmittel wurden noch knapper. Als bekannt wurde, dass am Nordhafen Lebensmittel in Lagerhäusern gehortet waren, wurde wild geplündert. Eine Steuerung der Menschenmengen war nicht mehr möglich. Auch die befreiten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter holten sich Nahrungsmittel und andere Dinge, die sie brauchten oder haben wollten teilweise unter Gewaltanwendung von den Einheimischen.

Vergewaltigungen und Morde geschahen vielfach in den Wochen und Monaten nach Kriegsende. Es brauchte Zeit und Willen bei den Alliierten, um wieder eine öffentliche Ordnung herzustellen.

Man muss feststellen, dass sich noch in den letzten 8 Wochen vor dem offiziellen Kriegsende die Gewaltspirale weiter nach oben drehte und nach dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen nicht gleich Frieden und eine öffentliche Ordnung eintraten.

Es bleibt für mich als Nachgeborene rätselhaft, wie eine derartig gewaltdurchtränkte Gesellschaft wieder zu einem normalen zivilen Leben finden konnte. Ein Mechanismus war sicher die Verdrängung. Nachdem die größten Trümmer beseitigt waren, wurde geschwiegen und der eigene Opferstatus betont. Und selbst nachdem die Kinder der Kriegsgeneration laut und deutlich Antworten auf all das Verschwiegene gefordert hatten, wurde alles, was nicht explizit nachgefragt wurde, weiter beschwiegen.

Ein spätes Nachwirken dieses Schweigens haben wir hier: erst im letzten Jahr wurden Tafeln aufgestellt, die an das KZ hier in Stöcken erinnern. Dass erst vor wenigen Jahren in Ahlem eine Gedenkstätte errichtet wurde, in der jetzt Schülerinnen und Schüler und Erwachsene lernen können und die ein Ort für Veranstaltungen geworden ist, zeugt auch davon. Ahlem ist besonders auch für die Sinti und Roma ein Ort der Erinnerung und der Zusammenkunft geworden, deren Verfolgungsgeschichte bis in die 70er Jahre hinein verdrängt wurde.

Eine nachdenkenswerte Geschichte habe ich erst vor wenigen Tagen gehört. Mitte der 80er Jahre fuhren einige SPD-Abgeordnete des niedersächsischen Landtages nach Gardelegen, um dort der Toten zu gedenken. Sie brachten als Geschenk ein Kunstwerk von Hans-Joachim Breuste mit, das dazu gemacht war, es draußen aufzustellen. Dies geschah jedoch nie. Heute weiß niemand etwas von diesem Kunstwerk zu Ehren der Toten.

Wie kann man das deuten, dass ein Geschenk zu Ehren der so furchtbar Gestorbenen ignoriert und vergessen wird, ausgerechnet in der DDR? Die DDR hatte den Anspruch, derjenige Staat nach dem 2. Weltkrieg zu sein, in dem der Antifaschismus Realität geworden war. Antifaschismus in Form des Sozialismus als dem gesellschaftliche Gegenentwurf zu all dem, was ich hier in Ansätzen geschildert habe. Kurz: die Bürgerinnen und Bürger einschließlich der Regierung der DDR fühlten sich als die Guten und der Westen, war Hort des Bösen.

Der Journalist Ralph Giordano hat das einmal treffend als „verordneten Antifaschismus“ beschrieben. Warum erwähne ich das hier und was hat das mit uns heute 25 Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR zu tun.

In Westdeutschland hatte sich erst ein Schweigen zu den eigenen Taten breitgemacht. In den 60er und 70er Jahren wurde die

Opferhaltung vieler Deutscher stark kritisiert, die nur das selbst Erlittene in den Vordergrund stellten, ohne die Bedingungen und eigenen Verstrickungen zu sehen, die zu Krieg, Ausbombung und Heimatverlust geführt hatten. Das führte zu einem Klima, das Täterschaft in den Vordergrund stellte und die notwendige gesellschaftliche und historische Aufarbeitung vieler Taten und Zusammenhänge erst ermöglichte. Es wurde schwer, darüber zu klagen Opfer gewesen zu sein. Heute kann ehrlicher auch darüber gesprochen werden, was viele Deutsche erlitten haben, ohne die Verbrechen zu relativieren. Wir sind durch viele Diskussionen, Auseinandersetzungen und Brüche durchgegangen. Ein Ende ist nicht in Sicht und das ist gut so.

Die Bürgerinnen und Bürger der DDR jedoch waren per Staatsdoktrin Antifaschisten. Da passte es nicht, wenn Besuch aus Westdeutschland kam, der mit ihnen zusammen die Toten betrauern wollte und ihnen Ehre erweisen wollte.

Sie haben sich nicht in dieser Form mit gesellschaftlichem Schweigen, familiärem Verschweigen und der Variante des Opferstatus auseinandergesetzt, wohl auch auseinandersetzen können, weil die Meinungs- und Pressefreiheit in der DDR nicht gegeben war. Heute haben wir Landstriche in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, in denen rechtsradikale Gruppierungen den gesellschaftlichen Ton angeben. Diese

Entwicklung gab es schon vor den Pegida-Demonstrationen und dem Rechtsruck der AfD, aber damit verstärken sich solche Entwicklungen.

Alle Bürgerinnen und Bürger, die in solchen Landstrichen mutig diesen Leuten entgegentreten, verdienen unseren Respekt und unsere Unterstützung. Die neuen Bundesländer müssen ihren eigenen Weg der Auseinandersetzung gehen. Nach dem verordneten Antifaschismus kommt nun die aktive Auseinandersetzung unter anderen Bedingungen als bei uns in der 60er Jahren.

Auch hier in Niedersachsen, in Hannover bleibt viel zu tun. Wir suchen nach Wegen, den Nachgeborenen, die in wenigen Jahren keine Augenzeugen mehr hören können, die Gräueltaten dieses Terrorregimes nahezubringen und für die Banalität des Bösen zu sensibilisieren. Da helfen Erinnerungstafeln, Gedenkstätten, die sich lebendig weiterentwickeln und guter diskursiver Schulunterricht.

Es hilft immer neue Forschung und Blicke auf diese verstörende Zeit. Jens-Christian Wagners Arbeiten zu den Todesmärschen kurz vor Kriegsende seien hier genannt. Er ist Leiter der Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten.

Wir suchen nach Wegen, junge Menschen für politische Arbeit zu gewinnen, die zeitraubend und nervenaufreibend ist. Wir brauchen in Zukunft mehr Menschen, die sich klug und mit Kraft für demokratische Werte einsetzen und sich nicht nur in Platitüden ergehen. Es reicht nicht, sich in einigen linken Kreisen auf der richtigen Seite der Geschichte zu wähnen, weil man „gegen Rechts“ ist.

Begründet sagen zu können, was in der heutigen Bundesrepublik nicht tolerabel ist, was sich im benachbarten europäischen Ausland gefährlich entwickelt, ist heute wichtig. Dafür braucht es viele Kenntnisse anderer Länder und auch ein vertieftes und aktuelles Wissen über die eigene Geschichte und den europäischen Erinnerungszusammenhang. Platte Parolen von rechts oder links helfen uns in der Gegenwart wenig, in der wir mehr und mehr über den eigenen nationalen und sogar über den europäischen Tellerrand hinaussehen müssen.

Gedenktage dienen der Mahnung und Selbstvergewisserung, damit wir die Zukunft so gestalten, dass dauerhafter Frieden in materieller Sicherheit in demokratischen Rahmenbedingungen in Europa gewahrt bleibt. Lassen sie uns in diesem Sinne das nächste Jahr gestalten.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.